

25. Landesgewerkschaftstag 28. Juni 2022

**Motto: „Bereit für ein Upgrade:
Mehr Digital. Mehr Attraktivität. Mehr Öffentlicher Dienst.“**

- Neuer Landesvorstand gewählt
- Leitlinien verabschiedet
- Innenminister stellt sich den Delegierten
- Weiterentwicklung Gespräche Zukunftssichere Landesverwaltung

Die über 100 Delegierten des 25. Landesgewerkschaftstages im Kultur- & Kongresscenter BigEppel in Eppelborn wählten Ewald LINN erneut zum Landesvorsitzenden des dbb saar. Zu seinen Stellvertretern wurden Patric ZAPP (GdS), Christian QUIRIN (BTB), Michael LEIDINGER (DVG), Sabine MEIER (DSTG), Dr. Marcus HAHN (SPhV) und Claudia BOHR (SLLV) gewählt. Zum Justiziar des dbb saar wählten die Delegierten erneut Arnold SONNTAG (DVG).



Am Vormittag wurden neben den Vorstandswahlen die gewerkschaftspolitischen Leitlinien für die nächsten Jahre erarbeitet und verabschiedet. Zudem standen über 40 Anträge zum Öffentlichen Dienst-, Beamten- und Tarifrecht auf der Agenda. In ihren Leitlinien fordern die Delegierten ein Ende der Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Dies gilt sowohl für eine aufgabengemäße Personalausstattung als auch für die monetären und sozialen Rahmenbedingungen, unter denen die Beschäftigung erfolgt. Diese Ziele zu erreichen, ist und bleibt die zentrale gewerkschaftspolitische Aufgabe des dbb-Landesvorstandes in der neuen Legislaturperiode.



Die wichtigsten Themenfelder sind:

- Digitalisierung in Verwaltungen und Schulen voranbringen
- Personalentwicklungskonzepte als Teil eines modernen Personalmanagements
- Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung
- Amtsangemessene Alimentation
- Mitbestimmung im Personalvertretungsrecht (SPersVG) stärken und modernisieren
- Qualitätsverbesserungen im Schulbereich

dbb für starken und funktionsfähigen Öffentlichen Dienst – Keine Sparopfer mehr

Bei der öffentlichen Veranstaltung, an der Innenminister Reinhold Jost (SPD), die CDU-Landtagsfraktion, Vertreter aus den Landes- und Kommunalverwaltungen und des öffentlichen Lebens teilgenommen haben, machte der wiedergewählte Landesvorsitzende Ewald Linn deutlich, dass der Zuspruch für einen starken Staat und einen starken öffentlichen Dienst in der Politik, aber auch in der breiten Gesellschaft, in den letzten zwei Jahren, insbesondere durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, gewachsen sei. Damit dieser Zuspruch sich nachhaltig einprägen werde, werde der dbb nicht müde, sich weiterhin für einen starken und funktionsfähigen Öffentlichen Dienst einzusetzen.

dbb-Landeschef Ewald Linn: „Um die vielfältigen und neuen Aufgaben der Verwaltung erfolgreich voranzutreiben und gleichzeitig die veränderten Erwartungen der Beschäftigten an die Balance zwischen Arbeit, Familie und Freizeit zu erfüllen, bedarf es weiterhin eines starken Engagements des dbb, seiner Fachgewerkschaften und der Personalräte. Dabei gilt es vorrangig zu verhindern, dass dem gesamten Öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Kommunen nach der Krise, wenn es um die Konsolidierung der Ausgabensteigerungen und Einnahmenverluste gehen wird, neue Sonderopfer abverlangt werden. Eine weitere Sparwelle im gesamten Öffentlichen Dienst darf es nicht mehr geben. Dies wäre aus Sicht des dbb weder vertretbar noch akzeptabel, denn die Beschäftigten und Beamten des Landes haben seit 2010 bereits erhebliche Sparopfer zur Umsetzung der Schuldenbremse erbringen müssen. Sie benötigen deshalb eine klare Perspektive und ein starkes Signal der Wertschätzung, insbesondere auch bei den künftigen Einkommensentwicklungen.“

Besoldung nach der Rechtsprechung, nicht nach Kassenlage

Linn erinnerte die Politik an den fehlgeleiteten Wettbewerbsföderalismus seit 2006, der insbesondere im Haushaltsnotlageland Saarland seit 2011 dazu geführt habe, dass die Tarifiergebnisse für die Tarifbeschäftigten nur zeitverzögert, teilweise oder gar nicht (Nullrunde 2011) übertragen wurden. Deshalb haben diese Sparmaßnahmen wegen der Umsetzung der Schuldenbremse seit 2011 dazu geführt, dass das Saarland im Besoldungsranking (Jahresgehalt) von Bund und Ländern zum Schlusslicht degradiert wurde. Ob die Alimentation im Saarland noch verfassungsgemäß sei, werde derzeit vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geprüft. Denn spätestens seit der Rechtsprechung des BVerfG in den Jahren 2015 und 2020 führe die Abkoppelung vom Tarifbereich zur Verfassungswidrigkeit der Besoldung. Der **dbb-Landeschef** stellte klar: „Die Beamtenbesoldung ist Kern der Alimentation und kein beliebiges Einsparelement für die Finanzminister! Deshalb erwarten die Beamtinnen und Beamten des Saarlandes eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht der Haushaltslage des Landes entspricht.“



Beamtinnen und Beamte müssen ihren Ämtern entsprechend besoldet werden. Viele Dienstherren haben hier Nachholbedarf, mahnt **dbb Bundeschef Ullrich Silberbach**. „Das Bundesverfassungsgericht hat vor geraumer Zeit unsere Auffassung bestätigt: Die einseitigen Zugriffe auf die Besoldung haben zu einer unzulässigen Unteralimentation geführt. Das muss nun flächendeckend korrigiert werden. Die Alimentation muss der Rechtsprechung und nicht der Haushaltslage entsprechen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. Gerade im finanzschwachen Saarland sei das auch von hoher Bedeutung, um ausreichend Personal für den Öffentlichen Dienst und damit die öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren. Silberbach: „Denn das Ziel des Öffentlichen Dienstes ist, bundesweit für gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dafür steht die Politik in der Verantwortung.“

Der Handlungsbedarf sei außerdem wegen der demografischen Herausforderungen groß, erklärte der dbb Bundeschef: „Zum einen, weil dem öffentlichen Dienst bereits heute fast 330.000 Beschäftigte fehlen. Zum anderen, weil innerhalb der nächsten zehn Jahre fast 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Wer einen dauerhaft leistungsfähigen, lernenden und digitalen Staat will, der muss also für attraktive Arbeitsbedingungen und gut ausgebildete und motivierte Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte sorgen.“

Der **Minister für Inneres, Bauen und Sport, Reinhold Jost (SPD)**, unterstrich in seiner Rede vor den Delegierten und Gästen die bisherige konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem dbb saar und kündigte an: „Die Spitzengespräche mit den Gewerkschaften, der Gestaltungsprozess der „Zukunftssicheren Landesverwaltung“ und damit auch der saarländische Weg werden fortgesetzt; dazu steht die Landesregierung und dazu stehe auch ich als Innenminister.“ Weiter sagte der Innenminister: „Gerade der Fachkräftemangel trifft den öffentlichen Dienst besonders hart. Hier möchte ich als Innenminister ein deutliches Signal zur Förderung der Nachwuchsgewinnung setzen.“ Auch sehe die neue Landesregierung die Digitalisierung als einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten in dieser Legislaturperiode an. Hierbei sind auch für die Bediensteten im öffentlichen Dienst konkrete Maßnahmen bereits in der Umsetzung. Zum Thema Besoldungsniveau im Saarland führte der Minister aus: „Ziel der Landesregierung ist es nach wie vor, alle finanziellen Spielräume auszuschöpfen, um auch für eine amtsangemessene Alimentation nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Sorge zu tragen“.

Botschaft des Landesgewerkschaftstages

Um die weiteren Herausforderungen in unserem Land erfolgreich umsetzen zu können, bedarf es unumstritten eines starken und modernen Öffentlichen Dienstes. Der dbb sieht deshalb keine Alternative zu der Weiterentwicklung der bisherigen Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“. Das Motto des Landesgewerkschaftstages: „**Bereit für ein Upgrade: Mehr Digital. Mehr Attraktivität. Mehr Öffentlicher Dienst.**“ soll Grundstock der weiteren Gespräche sein. Dabei erwartet der dbb saar von der neuen Landesregierung, dass sie im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten für die kommenden Jahre die Voraussetzungen schafft, um die tatsächlichen Aufgaben in den Landesverwaltungen und im Schulbereich zu bewältigen und die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Bei diesem Gestaltungsprozess will der dbb saar weiterhin offen und konstruktiv ein verlässlicher Partner der Landesregierung sein.

